

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Prof. Dr. Erich Küchenhoff zur Selbstkritik der SPD: Eine "katastrophale" Wahlniederlage?

Seite 1

Heinz Köhler MdEP zur Notwendigkeit eines EG-Initiativprogramms für die Regionen, aus denen Truppen abziehen: Die ökonomischen Abrüstungsfolgen europäisch bewältigen

Seite 3

Dokumentation:
Die NGG hat Bundeskanzler Kohl die Idee unterbreitet, die Kapazitäten der ostdeutschen Lebensmittelindustrien für die Osteuropahilfe zu nutzen.

Seite 5

45. Jahrgang / 236 / 11. Dezember 1990

Eine "katastrophale" Wahlniederlage?

Kritik einer entmutigenden und wenig sinnvollen Selbstkritik

Von Prof. Dr. Erich Küchenhoff

Mitglied des SPD-Parteirats

Eine Woche Abstand von den ersten Hochrechnungen und dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1980 hat an der entmutigenden Bewertung des Wahlergebnisses als "katastrophale" oder "vernichtende" Niederlage der SPD nichts geändert. Alle Welt: Medien und Politiker aller Richtungen, nicht zuletzt der eigenen, können sich an solchen und gleichwertigen Adjektiven nicht satt sprechen und schreiben. Da dergleichen nicht nur unmittelbar auf alle diejenigen entmutigend und demotivierend wirken muß, die aktiv und engagiert an der Knochenarbeit des Wahlkampfes mitgewirkt haben und zu gleichem Einsatz auch für die Zukunft bereit waren, sondern auch von den politischen Gegnern in Parteien und Medien ebenso permanent genüßlich ausgeschlachtet wird, die schon mit der Wechselwirkung einer stark angelegenen Zahl von Umfrage-Ergebnissen entsprechenden Umgang gepflogen haben, darf es mit Trauer und Trübsal oder gar leichtfertiger Nachplappern kein Bewenden haben. Vielmehr ist sorgfältige Nachprüfung geboten.

Nun kann und darf man zwar nicht aus einem Minus ein Plus machen; das wäre nicht nur mathematisch falsch sondern auch als leicht durchschaubare Schönfärberei politisch dumm und doppelt schädlich, weil es den entsprechend schlechten Ruf der Politischen Parteien bestätigen und die in Wählerschaft und Medien (auch öffentlich-rechtlichen) verbreiteten zusätzlichen Ressentiments gegen Parteien und verfassungsgemäße Parteienstaatlichkeit noch verstärken würde.

Hört man sich bei Verwendern oder Anhängern jener Redeweise um, so kann man erstaunliche Begriffs- und Berechnungsverwirrungen feststellen. War man gewöhnt, den Begriff der Niederlage bei einer Wahl auf den Vergleich der Stimmenanteile mit denjenigen bei der vorhergehenden Wahl zu beziehen, so stellt man neuerdings ganz andere Bezugskriterien fest: die einen ziehen den Vergleich gar nicht zur vorigen Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 und der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 sondern zu früheren Wahlen bis zurück zur Brandt-Barzel-Wahl von 1972, andere sogar zu zwischenzeitlichen besseren Antworten auf die Sonntagfrage der Demoskopien, wieder andere zu

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kunststoff-Übersicht
auf wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



besseren eigenen Hoffnungen, Erwartungen oder Prognosen. Gelegentlich entsteht so geradezu der Eindruck einer Lust an einer Niederlage, auch als Mittel der Polemik gegen den politischen Gegner, auch innerhalb der eigenen Partei. Daß sich auch Meinungsforschungs-Institute daran beteiligen, ist nichts Neues. Es sollte aber diejenigen Medien, die sich an tendenzieller Objektivität orientieren, dazu veranlassen, den unbestrittenen Unterhaltungswert aller Umfragen (und Wählerwanderungs-Grafiken) entsprechend zu relativieren.

Aber sogar wenn der Vergleich zum vorigen Wahlergebnis behauptet wird und wahrscheinlich auch gewollt ist, muß man leider Berechnungen und Bewertungen nach falschen Vergleichsdaten feststellen (1). Ebenso werden mit der hier kritisierten pauschalen Redeweise die regional ganz unterschiedlichen Komponenten des Gesamtergebnisses außer Betracht gelassen (2).

1. Falache Vergleichsdaten

Fast durchweg wurde jener Redeweise der falsche Vergleich zwischen dem gesamtdeutschen Gesamtergebnis vom 2. Dezember 1990 mit dem Bundestagswahl-Ergebnis in der früheren (oder alten) Bundesrepublik vom 25. Januar 1987 zugrundegelegt. Nur dann kommt das weltweit referierte und kommentierte und auch in Agentur-Analysen und in Eigen-Berichten großer überregionaler Zeitungen erscheinende SPD-Minus von 3,5 Prozent zustande (alte BRD 1987 37 Prozent - neue BRD 1990 33,5 Prozent = -3,5 Prozent). Vergleicht man dagegen richtig das gesamtdeutsche Ergebnis vom 2. Dezember 1990 mit den jeweils vorigen Parlamentswahlen der beiden Wahlgebiete mit Hilfe einer Zusammenrechnung des Bundestagswahl-Ergebnisses vom 25. Januar 1987 in der alten BRD und des Ergebnisses der ersten freien Wahl zur DDR-Volkammer vom 18. März 1990, so ergeben sich für die SPD +/- 0 Prozent, für die CDU/CSU zusammen mit den bald nach der Demokratischen Aufbruch sogar ein Minus von 0,4 Prozent und nur für die FDP entsprechende zusammen mit der Nationaldemokratischen Partei ein Plus von 2,7 Prozent.

Dieser Vergleich ist jedenfalls insofern korrekt, als er für beide Wahlen dieselben Wahlgebiete zugrundelegt. Auch ist der Vergleich des Gesamtergebnisses in der neuen Bundesrepublik mit ihren getrennten Wahlgebieten vom 2. Dezember 1990 mit einem mathematisch korrekt zusammengerechneten Ergebnis der getrennten jeweils vorigen Wahlen für die Gesamtparlamente der beiden zu den vorigen Wahlterminen auch noch staatlich getrennten Wahlgebiete sachlich nicht zu beanstanden, jedenfalls überhaupt der einzige sachlogische Vergleichsbereich.

Eine Wahl-Niederlage ergab sich am 2. Dezember allerdings für den isoliert betrachteten Bereich der alten BRD, also zwischen der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 und der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 im Wahlgebiet West; aber auch das dabei auftretende Minus von 1,3 Prozent ist noch bei keiner Wahl von irgendjemand als "katastrophal" oder "vernichtend" bezeichnet worden, es sei denn bei einer "kleinen" Partei bedeute ein Minus von 1,3 Prozent den Verlust von einem Zehntel oder mehr ihrer bisherigen Wähler.

2. Regionale Gewinn- und Verlust-Unterschiede

Unbegründet ist die entmutigende, demotivierende pauschale Redeweise von einer "katastrophalen" oder "vernichtenden" Wahlniederlage auch insoweit, als sie das (vermeintlich) "katastrophale" Gesamtergebnis pauschal generalisierend auf die Gesamtheit beider Wahlgebiete ohne jeden regionalen oder auch nur lokalen Unterschied überträgt.

Auch hierfür fehlt im Zahlenmaterial der Vergleichswahlen jede Grundlage, vor allem dann, wenn man Plus und Minus einer Partei nicht für sie isoliert sondern im Verhältnis zu den Veränderungen bei den konkurrierenden Parteien berechnet und bewertet, also nach den Abstandsveränderungen zwischen ihnen, dem sogenannten Swing. Diese Berechnung ist zwar bei den fixen Schnellrechnern von Hochrechnungen oder gar Wählerwanderungen noch am Wahlabend in der besten Sendezeit, lange ehe das vorläufige amtliche Endergebnis vorliegt, aus der Mode gekommen; wahrscheinlich bringen die Computer-Mannschaften solche zusätz-

lichen, im Ergebnis am meisten aussagekräftigen Berechnungen nicht so schnell zu Wege, daß der von ihnen in erster Linie angestrebte Medien-Unterhaltungswert noch wesentlich verstärkt werden könnte; womöglich will man auch die Teilnehmer nicht noch länger mit ihren Statements warten oder ihnen etwas kompliziertere Statements abverlangen.

Tatsache ist aber, daß die wirklichen Veränderungen der Stimmenverhältnisse nicht isoliert für jede Partei einzeln sondern nur im Vergleich zwischen den Parteien ermittelt werden können. Denn wenn beispielsweise eine Partei ein Plus von ein Prozent, ihre Hauptkonkurrentin aber ein Plus von sechs Prozent erzielt hat, so hat die erstere eben trotz ihres isolierten Plus von ein Prozent um fünf Prozent schlechter abgeschnitten.

Legt man diesen für eine Bewertung aussagekräftigsten Berechnungsmaßstab an die Wahlergebnisse der einzelnen Wahlkreise an, so können die pessimistischen Katastrophen-Enthusiasten diesmal unter anderem ein weiß-blaues Wunder erleben. Denn ausgerechnet in unserem Freistaat hat sich der Abstand der SPD zur CSU nur in fünf der 45 Wahlkreise nicht verbessert; entsprechend liegen die Zahlen in Baden-Württemberg in 16 Wahlkreisen Verbesserungen für die SPD, in 21 für die CDU vor. Eine positive Bilanz für die SPD ergibt sich außer in Hamburg (5:2) und im Saarland (5:0) in allen neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens, so in Mecklenburg-Vorpommern 8:1, Brandenburg 7:5, Sachsen-Anhalt 12:1 und Thüringen 12:0.

Freilich steht solchem landesweit positivem Swing anderswo ein landesweit negativer Swing gegenüber, am stärksten in Schleswig-Holstein mit 0:11 und in Niedersachsen mit 1:31. Diese Landesergebnisse wurden denn auch in den Medien groß herausgestellt - von den Entwicklungen anders herum hörte man nichts, mit einer Ausnahme: dem Saarland (5:0). Der infas-Präsentator bracht es im Rahmen der ARD-Wahl-Nachlese am 3. Dezember sogar fertig zu sagen, die SPD habe nur im Saarland gewonnen!!

Garz genau wird die Swing-Berechnung allerdings erst, wenn die Abstandsveränderungen zwischen allen Parteien und die Veränderungen der Wahlbeteiligung einbezogen werden. Dann wird sich noch mehr zeigen, wie falsch und irreführend die hier kritisierte pauschale Rede-weise ist.

(-/10.12.1990/hgs/ks)

Die ökonomischen Abrüstungsfolgen europäisch bewältigen

Zur Notwendigkeit eines EG-Initiativprogramms für die Regionen, aus denen Truppen abziehen

Von Heinz Köhler MdEP

Die CDU/CSU-Regierungen in Bonn und München haben entweder noch nicht begriffen, welches Ausmaß an sozialen und wirtschaftlichen Problemen die Truppenreduzierungen durch die US-Streitkräfte und die Bundeswehr bringen, oder es ist ihnen schlicht gleichgültig, wenn Tausende von Zivilangestellten arbeitslos werden und abhängige Wirtschaftszweige in Konkurs gehen.

Das Europäische Parlament hat bekanntlich bereits ein Sonderprogramm von insgesamt 130 Millionen Mark zur Förderung von Randregionen und besonders "sensiblen Bereichen" (Perifera) beschlossen. Aus diesem Topf könnten schon im Jahr 1991 Gelder zur Milderung der Nachteile locker gemacht werden, denen sich die Regionen nach dem Abzug der Streitkräfte ausgesetzt sehen. Es fehlt jedoch die Zustimmung des EG-Ministerrats. Und hier ist die Bundesregierung gefordert. Wenn sie jetzt nicht schnell handelt, könnte es sein, daß die betroffenen Regionen leer ausgehen.

Die Absicht der Bundesregierung, die sich abzeichnenden Strukturprobleme der Militär-Standorte national zu lösen, ist angesichts der angespannten Haushaltslage des Bundes eine Illusion. Eine rein nationale Lösung birgt außerdem die Gefahr in sich, daß sich die Bundesregierung "im Netz der Beihilfekontrollen verfängt". Zum einen muß sie ohnehin die Förderkufisse reduzieren, und zum anderen ist die Europäische Gemeinschaft nach den Gemeinschaftsverträgen für Strukturpolitik ohnehin - und zwar in erster Linie - zuständig.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, habe ich an das Bundeswirtschaftsministerium geschrieben und darum gebeten, daß Bonn im EG-Ministerrat auf Zustimmung zu der vom EG-Parlament beschlossenen neuen Haushaltslinie für Randregionen in Höhe von 130 Millionen Mark drängt.

Die Abrüstung ist politisch gewollt. Deshalb sind die politischen Institutionen auch dafür verantwortlich, daß die in den militärischen Standorten und im Umfeld arbeitenden Menschen nicht zu Verlierern der Abrüstung werden und nicht neue wirtschaftliche Krisenregionen entstehen: Die Politik muß in diesem gewollten Prozeß den Menschen helfen und eine Perspektive geben.

Neben der für 1991 relevanten Zustimmung des EG-Ministerrats geht es mittelfristig um ein gezieltes eigenes europäisches Programm, das die EG-Kommission für Militärstandorte vorlegen müßte. Deshalb habe ich mich auch an Martin Bangemann gewandt und erinnert an seine Zusage vom 10. Juli 1990, daß die Kommission "jederzeit bereit" sei, zur Bewältigung der Auswirkungen der Truppenreduzierungen beizutragen, "falls sich diese Notwendigkeit ergeben sollte".

Zwischenzeitlich steht fest, daß die USA ihre derzeit 250.000 stationierten Soldaten um 60.000 vermindern werden und daß von 938 US-Anlagen in Europa allein in der Bundesrepublik 113 ganz bzw. teilweise aufgegeben werden. Die Bedingungen zum Handeln sind eingetreten. Es ist daher an der Zeit, daß die EG-Kommission darlegt, wie sie sich ein EG-Initiativ-Programm für die von der Abrüstung negativ betroffenen Militärstandorte vorstellt. Nach dem durch die einheitliche europäische Akte eingeführten Postulat des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ist die Europäische Gemeinschaft verpflichtet, Solidarität auch gegenüber den von Abrüstung betroffenen Standorten zu praktizieren.

Einem gesonderten "Initiativprogramm" der EG ist der Vorzug vor der Einbeziehung in die Strukturfonds zu geben, weil der notwendige präventive Ansatz in den Voraussetzungenkatalog für die Gemeinschaftspolitik der Strukturfonds nicht paßt.

Der stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, Rolf Langenberger, hatte sich übrigens bereits im August mit der dringenden Bitte an den bayerischen Ministerpräsidenten gewandt, "sich bei der EG-Kommission um die Erschließung von zusätzlichen Geldquellen in Form eines Sonderprogramms zu bemühen". Über die vielen positiven Aspekte des Abrüstungsprozesses dürfen die negativen Auswirkungen gerade in den ländlichen Bereichen Bayerns nicht übersehen werden.

Viele tausend Menschen werden ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. Es wird Verluste bei der Gastronomie, im Handel, in der Kaufkraft usw. geben. "Eine verantwortungsvolle Regierung muß sich rechtzeitig auf diese Problematik einstellen", schrieb Rolf Langenberger damals dem Ministerpräsidenten und forderte ihn auf, "sich endlich auch einmal zum engagierten Sachwalter bayerischer Interessen zu machen". Andere Bundesländern hätten sich längst in dieser Richtung engagiert.

Bis heute liegt keine Antwort aus der Staatskanzlei vor. Aus der bei der CSU-Regierung üblichen Replik auf Artikel im Pressedienst der Bayerischen SPD konnte er allerdings entnehmen, daß Wirtschaftsminister Lang seine Forderungen als "voreilig" betrachtet. Solange nicht bekannt sei, wo Truppen abgezogen werden, solange wisse auch niemand, "wo regionalpolitischer Handlungsbedarf besteht", ließ Lang am 10. August 1990 wissen. Inzwischen sind die ersten konkreten Abzugspläne bekannt, doch die CSU-Regierung verharrt noch immer in Ta-

tenlosigkeit. Ihre Aktivitäten in der EG scheinen sich auf die Einweihung der 'Bayerischen Botschaft' in Brüssel zu beschränken.

(-/11.12.1990/rs/f0)

DOKUMENTATION

NGG: Kapazitäten der ostdeutschen Lebensmittelindustrien für Osteuropahilfe nutzen

Heinz-Günter Niebrügge (NGG), der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Idee unterbreitet, die Kapazitäten der ostdeutschen Lebensmittelindustrien für die Osteuropa-Hilfe zu nutzen. Sein Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Dr. Kohl,

mit Freude und Erleichterung erleben wir Ihr Engagement zugunsten einer tatkräftigen Lebensmittelhilfe für das von Hungersnöten bedrohte Rußland.

Es ist unser aller Interesse, daß der Weg Osteuropas zur Marktwirtschaft und Demokratie nicht an den Übergangsproblemen scheitert, und es ist unsere humanitäre Pflicht zu helfen, so weit wir das können. Das hatten Sie ja bereits beim KSZE-Gipfel in Paris ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt.

Die private Hilfsbereitschaft, die seit Ihrem Aufruf an Kraft gewinnt, bezeugt symbolhaft den Wunsch der Deutschen, daß sich Europa zu einer wahren Völkerfamilie entwickeln möge. Dennoch wird diese private Hilfe für sich genommen zu schwach sein, um den Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung in den sowjetischen Kerngebieten in der Länge dieses Winters abzuwenden.

Zugleich trifft diese Hilfe, soweit sie Ihre Güter über den Markt bezieht, auf eine in ihren Kapazitäten bereits überlastete Lebensmittelindustrie in der alten Bundesrepublik. In den neuen Bundesländern dagegen liegen die Kapazitäten brach, leben Betriebe und Beschäftigte von Treuhandkrediten und Kurzarbeitergeld.

Die volkswirtschaftlichen und fiskalischen Kosten der Hilfe für das russische Volk könnten zum größeren Teil aus eingesparten Kosten der Bundesanstalt für Arbeit, der Treuhand und eingesparten landwirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen finanziert werden, wenn systematisch Kapazitäten der ostdeutschen Lebensmittelbranche in ein solches Hilfsprogramm einbezogen würden.

Dort ist z.B. die Produktion der Fleischindustrie um 76% eingebrochen. Ob bei Süßwaren, in der Milchverarbeitung, bei Zigaretten, bei Teigwaren, Nahrungsmitteln oder in der Mühlenwirtschaft - die derzeitigen Absatzmöglichkeiten gewähren den Unternehmen der ostdeutschen Lebensmittelindustrie kaum eine Chance, die Durststrecke zu überstehen, bis sich das Verbraucher-

verhalten in den neuen Bundesländern wieder normalisiert, geschweige die für Modernisierung und Marketing notwendigen Mittel zu erwirtschaften.

Aus den verschiedensten Zweigen der Ernährungswirtschaft werden wir von Unternehmerseite in den neuen Bundesländern derzeit auf die akute Notlage der Betriebe angesprochen. Es ist in der Tat volkswirtschaftlich, verkehrs- und umweltpolitisch nicht sinnvoll, daß die Region Ostdeutschland bei wichtigen Grundnahrungsmitteln dauerhaft die Selbstversorgung verliert.

Gewiß kann es nicht darum gehen, die Rußlandhilfe für andere Belange einzusetzen. Doch es ist im Interesse aller Beteiligten, wenn die für diese Hilfe mobilisierbaren Mittel so günstig wie möglich verwandt werden. Die Kosten des Brachliegens dieser Branche erschöpfen sich nicht in der Summierung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, landwirtschaftliche Stützungen und bäuerlichen Einkommenshilfen. Hinzu kommen z.B. die Folgekosten der Entmotivierung der Menschen und negativer sozialer Entwicklungen, zumal in einigen Regionen die Nahrungsgüterwirtschaft der größte industrielle Arbeitgeber ist.

Ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Ideen und Initiativen. Mit dem Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Ostdeutschland wird in der zweiten Jahreshälfte 1991 gerechnet. Wir denken, es wäre sinnvoll, Kapazitäten der ostdeutschen Lebensmittelindustrien mit fiskalisch geringem Nettoaufwand zumindest so lange am Leben zu erhalten, bis der Arbeitsmarkt in dieser Region wahrnehmbar neue Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten beginnt.

Alle Kräfte unseres Landes sollten derzeit zusammenarbeiten, um einen Neuanfang in Ostdeutschland auf den Weg zu bringen und unnötige Kosten und menschliche Enttäuschungen beim Übergang in die Marktwirtschaft zu vermeiden.

Meine Gewerkschaft NGG ist bereit, sich mit all ihren Möglichkeiten für eine Konzeption zu engagieren, die den Übergang zum Markt in Rußland und in Ostdeutschland zugleich erleichtert.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, die Bildung einer Arbeitsgruppe zu veranlassen, deren Aufgabe es ist, die systematische und kostengünstige Einbeziehung der Ernährungswirtschaft in den neuen Bundesländern in die Osteuropa-Hilfe planvoll und für Monate im voraus zu gestalten.

Es wäre gut, wenn dabei die Organisation der Lebensmittelhilfe, die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammenwirken.

Für ein baldiges Gespräch mit Ihrem Beauftragten in dieser Sache wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Heinz-Günter Niebrügge
1. Vorsitzender

(-/11.12.1990/rs/ñü)
